

08.10.08

K

Allgemeine Verwaltungsvorschrift

der Bundesregierung

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG-FormblattVwV 2008)

A. Problem und Ziel

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird gemäß Artikel 104a Abs. 3, Artikel 85 GG in Verbindung mit § 39 Abs. 1 des Gesetzes im Auftrag des Bundes von den Ländern durchgeführt. Um eine bundeseinheitliche Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten, hat zuletzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Zustimmung des Bundesrates gemäß § 46 Abs. 3 des Gesetzes die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter vom 25. Juni 2004 (GMBI. 2004 S. 671) erlassen. Die Formblätter sind zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem BAföG erforderlich.

Der Entwurf dient der Anpassung der Formblätter an die gesetzlichen Änderungen durch das Einundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 02. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3127), das Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809) und das Zweiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254).

B. Lösung

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des BAföG wird neu gefasst.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalten

1. Kosten für auszutauschende Formblätter entstehen bei den Ländern und Kommunen in Höhe von rund 80.000 Euro. Auf den Bund kommen Kosten in Höhe von rund 10.000 Euro für die barrierefreie Veröffentlichung im Internet zu.
2. Der Verwaltungsvollzug erfolgt durch die nach dem BAföG für die Ausführung des Gesetzes zuständigen, vorhandenen Behörden; weitere zusätzliche Verwaltungskosten entstehen durch die Verwaltungsvorschrift nicht.

E. Prüfung nach § 2 GGO

Die Verwaltungsvorschrift wurde nach den Richtlinien zu Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften (§ 2 GGO) erstellt.

F. Sonstige Kosten

Unmittelbare Kostenfolgen ergeben sich aus der Verwaltungsvorschrift über die unter D. 1 genannten Kosten hinaus nicht. Von daher sind keine Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, zu erwarten.

G. Bürokratiekosten

Durch die Verwaltungsvorschrift werden keine neuen Informationspflichten eingeführt.

08.10.08

K

**Allgemeine
Verwaltungsvorschrift**
der Bundesregierung

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der
Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungs-
gesetzes (BAföG-FormblattVwV 2008)**

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 8. Oktober 2008

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Ole von Beust

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter
nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
(BAföG-FormblattVwV 2008)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 85 Absatz 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Angela Merkel

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift
zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
(BAföG-FormblattVwV 2008)**

Nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), zuletzt geändert durch das. Zweiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254), erlässt die Bundesregierung folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

Artikel 1

(1) Als Formblätter, auf denen die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Tatsachen anzugeben sind, werden die anliegenden Formblätter 1 -einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1-, 2, 3, 4, 5, 6 ,7 und 8 bestimmt.

(2) An den mit einem Stern gekennzeichneten Stellen der Versicherung des Erklärenden in Formblatt 3 Seite 4 Spiegelstrich 5 sind die Bedarfssätze nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes, nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 in Verbindung mit § 13a Abs. 1 und Abs. 2 des Gesetzes, nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes und nach § 13 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 in Verbindung mit § 13a Abs. 1 und Abs. 2 des Gesetzes nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz in der zu Beginn des Bewilligungszeitraums, für den Ausbildungsförderung beantragt wird, maßgeblichen Höhe einzusetzen.

(3) Die Auszubildenden können den Besuch der Ausbildungsstätte außer durch das Formblatt 2 auch durch eine von der jeweiligen Ausbildungsstätte maschinell erstellte Bescheinigung nachweisen, die alle im Formblatt 2 für diese Auszubildenden vorgesehenen Angaben enthält.

(4) Die Ämter für Ausbildungsförderung im Land Bayern können die Formblätter 1 -einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1-, 2, 3, 7 und 8 in einer für den Vollzug des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes ergänzten Fassung verwenden. Die Ergänzung bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Artikel 2

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 25. Juni 2004 (GMBL. 2004 S. 671) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung

Begründung:

Durch die Rechtsänderungen durch

- das Einundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 02. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3127),
- das Gesetzes zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809) und
- das Zweiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254)

ergibt sich die Notwendigkeit, die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Antragsformblätter entsprechend anzupassen.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wird dazu neu erlassen und ersetzt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 25. Juni 2004 (GMBL 2004 S. 671)

Die nach dieser Verwaltungsvorschrift bestimmten und beigefügten Formblätter 1 -einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1-, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 sind

- inhaltlich an die vorgenannten Rechtsänderungen angepasst,
- aufgrund der Erfahrung der Verwaltungspraxis eingehend überarbeitet
sowie
- grafisch übersichtlicher und bürgerfreundlicher gestaltet

worden.

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Zeile

1

Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

2

Ich beantrage Ausbildungsförderung für den Besuch der/des

3

Ausbildungsstätte

Klasse/Fachrichtung

4

Ich habe bereits früher einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt

☐

nein

☐

ja, und zwar

5

beim Amt für Ausbildungsförderung

6

Amt für Ausbildungsförderung

bisherige Amts- und Förderungsnummer

7

Personenbezogene Angaben

8

Name, Geburtsname

Geburtsort

9

Vorname

Geburtsdatum

☐

männlich

☐

weiblich

10

☐

ledig oder

☐

verheiratet;

☐

dauernd
getrennt
lebend

☐

verwitwet

☐

geschieden

seit

11

Staatsangehörigkeit

12

☐

deutsch

☐

andere, und zwar

Staatsangehörigkeit des Ehegatten

13

Anschrift am ständigen Wohnsitz

14

Straße, Hausnummer

bei

15

evtl. Ausl.-
Kennbuchstaben

PLZ, Ort

E-Mail - Angabe freiwillig -

16

Bundesland

Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig -

17

Anschrift der Unterkunft während der Ausbildung (soweit bekannt)

18

Straße, Hausnummer

bei

19

evtl. Ausl.-
Kennbuchstaben

PLZ, Ort

E-Mail - Angabe freiwillig -

20

Bundesland

Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig -

21

Bankverbindung

22

Bankleitzahl

Kontonummer

23

Name und Sitz des Geldinstituts

24

Name und Vorname des Kontoinhabers

25

Der Bescheid soll übersandt werden an:

26

☐

mich (Zeile 13 bis 16)

☐

mich (Zeile 17 bis 20)

oder

☐

meinen Vater

☐

meine Mutter

☐

meine/n Sorgeberechtigte/n

27

Angaben über meine leiblichen Eltern oder Adoptiveltern (Name, Vorname und Anschrift)

28

Vater

Geburtsdatum

verst. am

29

Straße, Hausnummer, evtl. Ausl.-Kennbuchstaben, PLZ, Ort

30

Staatsangehörigkeit:

☐

deutsch

☐

andere, und zwar

31

Mutter

Geburtsdatum

verst. am

32

Straße, Hausnummer, evtl. Ausl.-Kennbuchstaben, PLZ, Ort

33

Staatsangehörigkeit:

☐

deutsch

☐

andere, und zwar

34

Wenn beide Eltern leben, sind sie miteinander verheiratet?

☐

ja

☐

nein

☐

dauernd
getrennt
lebend

35 **Zeilen 35 - 39 nur für Schülerinnen und Schüler:**

36 **Die elterliche Sorge/Das Aufenthaltsbestimmungsrecht (bitte Nachweis in Kopie beifügen) für mich ist/war zuerkannt worden durch das**

Vormundschafts- oder Familiengericht und Az.

am Sorgeberechtigte/r: Name, Vorname, Anschrift

39 **Ich führe einen eigenen Haushalt:** ☐ ja ☐ nein

40 **Angaben über meine Kinder** - ohne Stief- und Pflegekinder - (weitere Kinder auf gesondertem Blatt angeben)

	1. Kind	2. Kind
Name, Vorname		
Geburtsdatum		
wohnt in meinem Haushalt	Bruttoeinnahmen des Kindes für den Bewilligungszeitraum monatlich in vollen Euro	Bruttoeinnahmen des Kindes für den Bewilligungszeitraum monatlich in vollen Euro
☐ ja ☐ nein	Euro	☐ ja ☐ nein Euro

46 **Für mich werden gezahlt oder wurden beantragt:**

47 Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ☐ ja ☐ nein

48 Leistungen von einem Begabtenförderungswerk ☐ ja ☐ nein

49 Leistungen der Postgraduierten-/Promotionsförderung ☐ ja ☐ nein

50 Leistungen für die berufliche Weiterbildung nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch ☐ ja ☐ nein

Zuständige/s Agentur für Arbeit, ARGE/Jobcenter

52 Anwärterbezüge oder ähnliche Leistungen aus öffentlichen Mitteln während meiner Ausbildung ☐ ja ☐ nein

53 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) oder Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären ☐ ja ☐ nein

54 Grad der Behinderung v.H. ggf. Höhe der Erziehungsbeihilfe monatlich Euro

55 **Angaben zur Wohnung während der Ausbildung**

56 Ich wohne während der Ausbildung bei meinen Eltern oder einem Elternteil ☐ ja ☐ nein

57 Wenn nein, bei Schülerinnen/Schülern bitte Gründe angeben

58

59 - steht der von Ihnen bewohnte Wohnraum im Eigentum/Miteigentum der Eltern oder eines Elternteils? ☐ ja ☐ nein

60 - Heimkosten (bei Internatsunterbringung)/Tagesheimkosten monatlich Euro

61 - Kosten der Unterkunft (einschl. Nebenkosten) monatlich Euro

62 - Zahl der Bewohner der Unterkunft

63 **Angaben zur Krankenversicherung während der Ausbildung**

64 ☐ Ich bin gesetzlich familienversichert

65 ☐ Ich bin selbst gesetzlich versichert - als freiwilliges oder Pflichtmitglied (Bitte Bescheinigung bzw. Vertrag in Kopie beifügen.)

66 ☐ Ich bin privatversichert (Bitte Bescheinigung beifügen, die Folgendes enthält: Ihren Monatsbeitrag zum Zeitpunkt Ihres BAföG-Antrags sowie die Angabe, ob Ihre Vertragsleistungen auch gesondert berechenbare Unterkunft- und wahlärztliche Leistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung umfassen.)

67 **Angaben zur Pflegeversicherung während der Ausbildung**

68 Ich bin selbst beitragspflichtig pflegeversichert ☐ nein ☐ ja (Bitte Versicherungsvertrag in Kopie vorlegen.)

69 **Nur für Studierende an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen:**

70 Sollte mir Ausbildungsförderung in Form von Bankdarlehen zustehen, begrenze ich die Höhe des verzinslichen Darlehens auf monatlich Euro

Angaben zu meinem Einkommen während der Ausbildung (Bitte Belege beifügen.)

72	Ich werde im Bewilligungszeitraum (BWZ)	vom	bis		Bitte teilen Sie Änderungen des Einkommens im Laufe des BWZ unverzüglich mit.
73	also in Kalendermonaten voraussichtlich Einnahmen erzielen				
74	☐ nein; bitte weiter ab Zeile 93	☐ ja, und zwar:			
75	Waisenrente und/oder Waisengeld (einschl. Weihnachtsgeld)	Euro			
76	Ausbildungsvergütung brutto - auch Sachbezüge (ohne Familienzuschläge)	Euro			
77	Voraussichtliche Einnahmen aus bestehenden oder ruhenden Arbeitsverhältnissen, Ferien-, Gelegenheitsarbeiten (brutto), Mini-Jobs	Euro			
78	darin ist ein Arbeitgeberanteil zu vermögenswirksamen Leistungen enthalten	☐ ja	☐ nein		
79	Sonstige Renten (z.B. Unfallrenten)	Euro			
80	Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft	Euro			
81	Einkünfte aus Kapitalvermögen (z.B. Sparzinsen)	Euro			
82	Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung (nicht: laufende BAföG-Zahlungen) - Die Verordnung ist abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 1 -	Euro			
83	Unterhaltsleistungen meines dauernd getrennt lebenden oder meines geschiedenen Ehegatten oder sonstiger unterhaltspflichtiger Personen (nicht die Eltern)	monatlich	Euro		
84	Zuwendungen von Firmen oder privaten Stiftungen	Euro			
85	Ausbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen aus öffentlichen Mitteln sowie Förderungsleistungen anderer Staaten, soweit sie zur Deckung des Lebensunterhalts oder der üblichen Ausbildungskosten bestimmt sind	Euro			
86	Sonstige Ausbildungsbeihilfen	Euro			
87	Einnahmen, die zur Deckung des Unterhaltsbedarfs				
88	a) meines Ehegatten	Euro			
89	b) meiner Kinder	Euro			
	bestimmt sind				
90	Ich habe folgende noch nicht bewilligte Sozialleistungen beantragt (z.B. Waisenrente):				
91	Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf besonderen Antrag über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Einkommens anrechnungsfrei bleiben, soweit er zur Deckung besonderer Kosten der Ausbildung (z.B. Schulgeld) erforderlich ist. Dieser Antrag muss spätestens bis zum Ende des Bewilligungszeitraumes gestellt werden.				

Angaben zu meinem Vermögen
im Zeitpunkt der Antragstellung (Bitte Belege beifügen.)**Bitte beachten Sie, dass Ihre Erklärungen zum Vermögen durch einen Datenabgleich beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.**

93	Ich habe im Zeitpunkt der Antragstellung Vermögen im Sinne der Zeilen 95-102		Wert in vollen Euro
94	☐ nein; bitte weiter ab Zeile 103	☐ ja, und zwar:	
95	Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert)	Euro	
96	Sonstige unbebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert)	Euro	
97	Sonstige bebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert)	Euro	
98	Betriebsvermögen (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert)	Euro	
99	Wertpapiere, insbesondere Aktien, Pfandbriefe, Schatzanweisungen, Wechsel, Schecks	Euro	
100	Lebensversicherungen (Rückkaufswert)	Euro	
101	Forderungen und sonstige Rechte	Euro	
102	Sonstige Vermögensgegenstände, z.B. Personenkraftfahrzeuge (Zeitwert)	Euro	

Zeile			Wert in vollen Euro
103	Barvermögen und Guthaben im Zeitpunkt der Antragstellung		
104	Höhe des Barvermögens	Euro	
105	Höhe des Bank- und Sparguthabens, einschließlich des Guthabens auf Girokonten (Bitte Belege beifügen.)	Euro	
106	Höhe des Bauspar- und Prämiensparguthabens (Bitte Belege beifügen.)	Euro	
107	Meine Schulden und Lasten im Zeitpunkt der Antragstellung (Bitte Belege beifügen.)		
108	Hypotheken, Grundschulden und sonstige Belastungen auf einem der vorgenannten Vermögenswerte	Euro	
109	Lasten, z.B. Verpflichtungen zu wiederkehrenden Leistungen, Beschränkungen des Eigentums zu Gunsten Dritter (Nießbrauch, Rentenverpflichtung)	Euro	
110	Sonstige Schulden, z.B. Forderungen Dritter, Kredite mit Ausnahme der Darlehen nach dem BAföG	Euro	
111	Freizustellende Vermögenswerte		
112	Übergangsbeihilfen nach den §§ 12, 13 des Soldatenversorgungsgesetzes sowie nach § 13 Abs. 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes	Euro	
113	Vermögenswerte, deren Verwertung aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist	Euro	
114	Zur Vermeidung unbilliger Härten kann über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Vermögens anrechnungsfrei bleiben.		
115	Mir ist bekannt,		
116	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage (z. B. des von mir erzielten Einkommens) sowie der Familien- und Ausbildungsverhältnisse (auch der Geschwister), über die im Rahmen dieses Antrags Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.		
117	- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.		
118	- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Einkommen beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.		
119	- dass die im Rahmen dieses Antrages gemachten Angaben zu meinem Vermögen durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG i.V.m. § 45d EStG) und bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.		
120	- dass im Falle der Inanspruchnahme von Bankdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die für die Darlehensrückerstattung erforderlichen Daten zwischen der KfW und dem Bundesverwaltungsamt ausgetauscht werden und dass die KfW die Auszahlungsdaten dem zuständigen Amt für Ausbildungsförderung übermittelt.		
121	- dass Vermögenswerte auch dann meinem Vermögen zuzurechnen sind, wenn ich diese rechtsmissbräuchlich übertragen habe. Dies ist der Fall, wenn ich in zeitlichem Zusammenhang mit der Aufnahme der förderungsfähigen Ausbildung bzw. der Stellung des Antrags auf Ausbildungsförderung oder im Laufe der förderungsfähigen Ausbildung Teile meines Vermögens unentgeltlich oder ohne gleichwertige Gegenleistung an Dritte, insbesondere meine Eltern oder andere Verwandte, übertragen habe.		
122	Ich bestätige, dass ich die Erläuterungen zum Antrag auf Ausbildungsförderung - Formblatt 1 - zur Kenntnis genommen habe.		
123	Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.		
124	Ort, Datum	Ort, Datum	
125	Unterschrift der/des Auszubildenden	Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Auszubildenden unter 15 Jahren	

Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Zeile

1

Schulischer und beruflicher Werdegang

(Nur ausfüllen bei einem Erstantrag, nach einer Unterbrechung der Ausbildung oder bei einem Antrag auf Förderung einer Ausbildung im Ausland)

2

Name, Geburtsname der/des Auszubildenden	Vorname	Geburtsdatum

3

Bitte machen Sie lückenlose, chronologische Angaben über Ihre bisherige schulische Ausbildung (ohne Grundschule, jedoch mit Ausbildungen an Fernlehrinstituten), **betriebliche Ausbildung, Praktika, Ausbildung an Höheren Fachschulen, Akademien, Hochschulen** (auch Ausbildung an Fernlehrinstituten); **Zeiten der Erwerbstätigkeit und gleichgestellte Zeiten** (gleichgestellt ist die Haushaltsführung eines Elternteils, der zumindest ein Kind unter 10 Jahren oder ein Kind, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt zu versorgen hat); **Wehr- und Zivildienst** sowie ihnen gleichgestellte Zeiten (z.B. freiwilliges Soziales Jahr oder freiwilliges Ökologisches Jahr); mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheit; Beschäftigungsverbote nach den Mutterschutzbestimmungen; Erwerbsunfähigkeit; Arbeitslosigkeit; Teilnahme an einer Maßnahme zur medizinischen oder beruflichen Rehabilitation; Maßnahmen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch für die berufliche Weiterbildung.

4

Bitte beachten: Erreichen die Zeiten der Erwerbstätigkeiten und die gleichgestellten Zeiten 3 Jahre, bitte Nachweise vorlegen (z.B. Berufsabschlüsse, Versichertennachweis).

5

	vom Monat/Jahr	bis Monat/Jahr	Name und Anschrift der Ausbildungsstätte, der Praktikumsstelle, des Arbeitgebers/Leistungsträgers	Schulart/Fachrichtung Art der Tätigkeit	Erreichter Abschluss (genaue Bezeichnung, Datum des Zeugnisses) bzw. Bruttolohn/Höhe der Leistung monatlich Euro
6	8/98	6/04	Realschule in Musterstadt	Realschule	Realschulabschluss
7	7/04	7/07	Fa. Mustermann & Co., Musterstadt	Berufsausbildung zum Schlosser	Gesellenbrief/Facharbeiterbrief 17. 7. 2007
8	8/07	6/08	Fachoberschule/Berufskolleg, Musterstadt	Technischer Zweig	Fachhochschulreife 16. 6. 2008
9	7/08	9/08	Fa. Mustermann & Co., Musterstadt	Aushilfstätigkeit	1600,- Euro
10	WS 08/09		Fachhochschule, Musterstadt	Elektrotechnik	

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass Nachweise verlangt werden können.

28

Ort, Datum	Unterschrift der/des Auszubildenden

Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Anlage 2 zu Formblatt 1

Förderungsnummer	
-------------------------	--

Eingangsstempel

Zusatzblatt für den Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG

Name, Geburtsname der/des Auszubildenden

Vorname

Geburtsdatum	
--------------	--

Angaben über meine mit mir in einem Haushalt lebenden Kinder - ohne Stief- und Pflegekinder -
(Weitere Kinder auf gesondertem Blatt angeben)

Name, Vorname/n

Geburtsdatum

1. Kind

2. Kind

3. Kind

Ich lebe mit dem anderen Elternteil meiner Kinder in einem Haushalt

Name des Kindes

Name des Kindes

Name des Kindes

☐ ja, mit dem Elternteil von Kind/von den Kindern☐ nein

Falls ja, bitte folgende Erklärung ausfüllen:

Erklärung des im gemeinsamen Haushalt lebenden anderen Elternteils

Ich,

Name, Vorname/n (ggf. Geburtsname)

erkläre, dass ich für die in Zeile 9 genannten Kinder weder einen Kinderbetreuungszuschlag nach dem BAföG beziehe noch geltend gemacht habe und dass ich mit der Zahlung des Kinderbetreuungszuschlags für diese Kinder an die/den Auszubildende/n einverstanden bin.

☐ Ich beziehe selbst Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bzw. habe diese beantragt beim Amt für Ausbildungsförderung (freiwillige Angabe)

Amt für Ausbildungsförderung

Amts- und Förderungsnummer	
----------------------------	--

Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben unter Umständen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können.

Ort. Datum

Unterschrift des im gemeinsamen Haushalt lebenden anderen Elternteils

Mir ist bekannt.

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung in den Familienverhältnissen, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen;
- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

Ort: Datum:

Unterschrift der/des Auszubildenden

Hinweis:

Zur Erteilung der Bescheinigung sind die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute gemäß § 47 BAföG verpflichtet.

Falls Sie von Ihrer Hochschule nach Ihrer Einschreibung einen Faltbogen (Leporello) mit Immatrikulationsbescheinigungen erhalten haben, ist davon ein Exemplar für Ihren BAföG-Antrag bestimmt. Es ist beim Amt für Ausbildungsförderung einzureichen und gilt als Ersatz für das gesetzlich vorgeschriebene Formblatt 2.

Zeile

1

Name, Geburtsname

2

Vorname

Geburtsdatum

3

Amt für Ausbildungsförderung, bei dem der BAföG-Antrag gestellt wird

4

5

Bescheinigung nach § 9 BAföG**über den Besuch einer Ausbildungsstätte, die Teilnahme an einem Praktikum/Fernunterrichtslehrgang**

6

Name der Ausbildungsstätte/Ausbildungsstelle für das Praktikum/des Fernlehrinstituts

7

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

8

Nur für Schulausbildung ab Klasse 10

9

Die Angaben beziehen sich auf das Schuljahr

20

/

10

☐ Gymnasium, integrierte Gesamtschule, Realschule, Hauptschule☐ BerufsaufbauschuleBerufsfachschule, deren Besuch
☐ einen **berufsqualifizierenden Abschluss** vermittelt

11

☐ Fachoberschulklasse, deren Besuch eine abgeschl. Berufsausbildung **nicht** voraussetzt☐ Abendrealschule☐ **keinen** berufsqualifizierenden Abschluss vermittelt

12

☐ Fachoberschulklasse, deren Besuch eine abgeschl. Berufsausbildung **voraussetzt**☐ AbendgymnasiumFachschule, deren Besuch
☐ eine abgeschlossene Berufsausbildung **voraussetzt**
☐ eine abgeschlossene Berufs-
ausbildung **nicht** voraussetzt

13

☐ Abendhauptschule☐ Kolleg

14

☐ Sonstige Schulart/Ausbildungsstätte

15

☐ Durch Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 3 BAföG in den Förderungsbereich einbezogene Ausbildungsstätte

16

Fachliche Richtung/Berufsfeld/
Bezeichnung des Lehrgangs

17

Klasse/Jahrgangsstufe

Semester

1

2

3

4

5

6

7

8

18

Wird die Klasse/
das Semester
wiederholt? ☐ nein
☐ ja, und zwar☐ wegen Nichterreichens
des Klassenziels☐ auf Empfehlung
der Ausbildungsstätte☐ freiwillig

19

Beginn der angekreuzten Ausbildung
(erster Schultag)

Tag/Monat/Jahr

20

Voraussichtlicher Zeitpunkt des
Abschlusses der Abschlussprüfung
an der Ausbildungsstätte

Monat/Jahr

Art des Abschlusses

21

ohne Abschlussprüfung
- der letzte Schultag

Tag/Monat/Jahr

22

Werden Teile der Ausbildung im Ausland durchgeführt?

☐ nein☐ ja,

von

bis

in

von

bis

in

23

Werden mindestens 20 Wochenstunden vorgeschriebener Unterricht erteilt?

☐ ja☐ nein

24

Bei privaten Ausbildungsstätten:
Zahl der Ferienwerktage im Ausbildungsjahr einschl. Samstage

Tage

25

Heimkosten (bei Internatsunterbringung)/Tagesheimkosten (ohne Schulgeld)

monatlich

Euro

26

Kostenfreie Monate

Monate

27

Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 8 - 26 richtig und vollständig sind. Es ist bekannt, dass unrichtige und unvollständige Angaben als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können und dass die Ausbildungsstätte verpflichtet ist, das o.g. Amt für Ausbildungsförderung unverzüglich zu unterrichten, wenn die/der Auszubildende die Ausbildung abbricht bzw. nach Anmeldung bei der Ausbildungsstätte nicht aufnimmt.

28

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift der Ausbildungsstätte

29 **Nur für Praktika**30 Das Praktikum wird in der fachlichen Richtung in Zusammenhang mit dem Besuch der31 Schulform/Ausbildungsstättenart und Fachrichtung: soweit bereits bekannt, Name und Anschrift der Ausbildungsstätte32 vom - bis durchgeföhrt. ☐ **Monatliche** Praktikantenvergütung einschließlich Sonderzuwendungen - brutto - (ohne Sachbezüge) ☐ **gesamt** Euro 33 Sachbezüge ☐ nein ☐ ja Art der Sachbezüge 34 **Nur für die Ausbildung an einer Höheren Fachschule, Akademie, Hochschule**35 Ersteinschreibung am Tag/Monat/Jahr36 in der Fachrichtung/dem Fachbereich (soweit bekannt) 37 Hauptfächer/1. Fach 38 Nebenfächer/2. Fach und weitere 39 Beginn des Studiums, für das die Bescheinigung nach § 9 beantragt wird Tag/Monat/Jahr (erster Vorlesungstag)40 Fachrichtung/Fachbereich 41 Hauptfächer/1. Fach 42 Nebenfächer/2. Fach und weitere 43 Das WS/SS 20 / ist - bezogen auf das erste Hauptfach/ 1. Fach - das Fachsemester44 2. Fach - das Fachsemester45 3. Fach - das Fachsemester46 Studienziel (Art und Fachrichtung des Exams)47 Bei Höheren Fachschulen und Akademien: tatsächliche Wochenstundenzahl des planmäßigen Unterrichts Stunden48 Zahl der Ferienwerktage im Ausbildungsjahr, einschl. Samstage (Gilt nicht beim Besuch von Hochschulen.) Tage49 **Nur für die Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen**

50 Bezeichnung des Lehrgangs, angestrebtes Ausbildungsziel

51 52 Beginn der Teilnahme Monat/Jahr / voraussichtlicher Abschluss Monat/Jahr / 53 Hat die/der Auszubildende in den letzten 6 Monaten erfolgreich an dem Lehrgang teilgenommen? ☐ ja ☐ nein54 Kann sie/er den Lehrgang in längstens zwölf Monaten beenden? ☐ ja ☐ nein55 Nimmt die Teilnahme an dem Lehrgang die Arbeitskraft der/des Auszubildenden voll in Anspruch? ☐ ja ☐ nein56 Wenn ja, in welchen Monaten? 57 Rechtliche Stellung des Fernlehrinstituts ☐ privater Träger ☐ öffentlich-rechtlicher Träger58 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 29 - 57 richtig und vollständig sind. Es ist bekannt, dass unrichtige und unvollständige Angaben als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.**59 Ort, Datum (Stempel) Unterschrift der Ausbildungsstätte/der Ausbildungsstätte für das Praktikum/des Fernlehrinstituts

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 47 BAföG i.V.m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz).

Zeile

1	Name, Geburtsname der/des Auszubildenden	
2	Vorname	
3	Geburtsdatum	Geburtsort

Formblatt 3											
Förderungsnummer											
Eingangsstempel											

4 **Erklärung** ☐ des Ehegatten ☐ des Vaters ☐ der Mutter

5 (Angaben zu Zeilen 6 bis 45 beziehen sich auf den Bewilligungszeitraum)

6 Angaben zur Person

7	Name, Geburtsname		Vorname		Geburtsdatum	
8	Straße, Hausnummer		Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig			
9	evtl. Ausl.-Kennbuchstaben	PLZ, Ort	E-Mail - Angabe freiwillig			

10	Familienstand:	☐ ledig	oder	☐ verheiratet;	☐ dauernd getrennt lebend	☐ verwitwet	☐ geschieden	seit
11	Erwerbstätig als	☐ Arbeiterin/Arbeiter	☐ Angestellte/Angestellter	☐ Beamtin/Beamter	☐ Selbständige/Selbständiger.	☐ Nicht mehr erwerbstätig		seit

12 **Kinder - ohne Antragsteller/in - soweit sie von Ihnen unterhalten werden, sich in Ausbildung befinden oder in Ihren Haushalt aufgenommen wurden**

13 (Weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben.)

14		1. Kind		2. Kind		3. Kind	
15	Name, Vorname						
16	Geburtsdatum						
17	Wohnung	☐ bei den Eltern	☐ nicht bei den Eltern	☐ bei den Eltern	☐ nicht bei den Eltern	☐ bei den Eltern	☐ nicht bei den Eltern
18	Gemeinsames Kind der Eltern der/des Auszubildenden bzw. gemeinsames Kind der/des Auszubildenden und des Ehegatten	☐ ja		☐ ja		☐ ja	
19		☐ nein, Kind nur im Verhältnis		☐ nein, Kind nur im Verhältnis		☐ nein, Kind nur im Verhältnis	
20		☐ zum Vater der/des Auszubildenden		☐ zum Vater der/des Auszubildenden		☐ zum Vater der/des Auszubildenden	
21		☐ zur Mutter der/des Auszubildenden		☐ zur Mutter der/des Auszubildenden		☐ zur Mutter der/des Auszubildenden	
22		☐ zum Ehegatten der/des Auszubildenden		☐ zum Ehegatten der/des Auszubildenden		☐ zum Ehegatten der/des Auszubildenden	
23		Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind - soweit in Ihren Haushalt aufgenommen		Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind - soweit in Ihren Haushalt aufgenommen		Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind - soweit in Ihren Haushalt aufgenommen	
24	Name der Ausbildungsstätte						
25	Art des Ausbildungsverhältnisses						
26	derzeitige/s Klasse/Semester						
27	Ausbildungsbeginn	Monat/Jahr		Monat/Jahr		Monat/Jahr	
28	voraussichtliches Ausbildungsende	Monat/Jahr		Monat/Jahr		Monat/Jahr	
29	voraussichtlicher Abschluss als	Art		Art		Art	
30	Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein	☐ ja	☐ nein
31	Art der Einnahme/n (Belege bitte in Kopie beifügen)						
32	Einnahmen monatlich	Euro		Euro		Euro	

33 **Angaben zur Prüfung der Gewährung weiterer Freibeträge**34 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte **Person/en** (z.B. dauernd getrennt lebender/geschiedener Ehegatte, zweiter Ehegatte, Eltern oder andere Verwandte in gerader Linie), soweit sie von Ihnen unterhalten werden.

35	Name, Geburtsname a)	Vorname	Geburtsdatum
36	Name, Geburtsname b)	Vorname	Geburtsdatum

37 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung

38	zu a)	vorauss. Abschluss am
39	zu b)	vorauss. Abschluss am

40 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

41	zu a)
42	zu b)

43 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 34 genannten Person/en im Bewilligungszeitraum (Bitte Nachweise in Kopie beifügen.)

44	zu a)	brutto	Euro	
45	zu b)	brutto	Euro	

46 **Für alle nachfolgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,**

47 also die des Kalenderjahres

48 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 49 ☐ erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung.
- 50 ☐ erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in).
- 51 ☐ erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in.
- 52 ☐ Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige nicht Erwerbstätige.

53 **Wurden** Sie für das nach Zeile 46 und 47 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ☐ ja, (Bescheid in Kopie beifügen.) ☐ nein54 **Werden Sie noch** für das nach Zeile 46 und 47 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ☐ ja, (Bescheid nach Erhalt in Kopie übersenden.) ☐ nein55 Erfolgte eine **Antragsveranlagung** nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG (früherer **Lohnsteuerjahresausgleich**)? ☐ ja, (Bescheid in Kopie beifügen.) ☐ nein

56 Die Veranlagung erfolgte/e zusammen mit

57 ☐ dem derzeitigen Ehegatten ☐ dem Vater der/des Auszubildenden ☐ der Mutter der/des Auszubildenden

58	beim Finanzamt	Steuer-Nr.
----	----------------	------------

59 **Angaben zur Kirchensteuer**, soweit nicht im Steuerbescheid enthalten (Bitte Bescheid in Kopie beifügen.)

Jahressumme

Euro

60 Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird (Bitte Nachweise in Kopie beifügen.)

Jahresbruttobetrag der Einnahmen hierauf gezahlte/abgeführte Steuern

Euro Euro

61 Wenn Einnahmen im Steuerbescheid nicht enthalten sind (z.B. Einkünfte aus Kapitalvermögen, wegen Geringfügigkeit vom Arbeitgeber pauschal versteuerte Einnahmen) - Bitte Nachweise in Kopie beifügen. -

Euro

Zeile

62 Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden (Bitte Nachweise in Kopie beifügen.)

63	Staat	Jahresbruttobetrag	Währung	Steuerbetrag	Währung
----	-------	--------------------	---------	--------------	---------

64 **Einnahmen**, die aufgrund des **Auslandstätigkeitserlasses** nicht versteuert wurden (Bitte Nachweise in Kopie beifügen.) Jahressumme Euro

65 **Wurden vom Arbeitgeber vermögenswirksame Leistungen erbracht?** ☐ ja ☐ nein

66 **Renten** (Bitte Bescheide bzw. Rentenmitteilungen in Kopie beifügen.)

67 Art der Renten

68

	Rentenbeginn (Tag/Monat/Jahr)	Brutto-Jahressumme	Euro
--	-------------------------------	--------------------	------

69

	Rentenbeginn (Tag/Monat/Jahr)	Brutto-Jahressumme	Euro
--	-------------------------------	--------------------	------

70

	Rentenbeginn (Tag/Monat/Jahr)	Brutto-Jahressumme	Euro
--	-------------------------------	--------------------	------

71 **Unterhaltsleistungen von**

Name, Vorname

72

Verwandtschaftsverhältnis zur/zum Erklärenden	Jahressumme	Euro
---	-------------	------

73 **Einnahmen nach der BAföG - Einkommensverordnung**

(Siehe Erläuterungen zu Formblatt 3.)

Bitte Nachweise in Kopie beifügen.

74 Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld _____ Jahressumme Euro

75 Krankengeld _____ Netto-Jahressumme Euro

76 Insolvenzgeld _____ Jahressumme Euro

77 Überbrückungsgeld _____ Jahressumme Euro

78 Übergangsgeld _____ Jahressumme Euro

79 Kurzarbeitergeld _____ Jahressumme Euro

80 Abfindungen (steuerfreier Teil) _____ Jahressumme Euro

81 Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten _____ Jahressumme Euro

82 **Haben Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung bezogen?**

83 ☐ nein

84 ☐ ja, und zwar

(Bitte Nachweise in Kopie beifügen.)

 Jahressumme Euro

85 **Weitere Einnahmen, soweit nicht unter Zeilen 60 - 84 aufgeführt**

86 (Bitte Nachweise in Kopie beifügen.) Jahressumme Euro

Diese Erklärung kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

Sollen Angaben über das Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung unter Angabe von Gründen schriftlich mit.

Wenn das aktuelle Einkommen des erklärenden Ehegatten oder Elternteils voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeilen 46 und 47), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 - Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen des Ehegatten oder der Eltern ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben (z.B. für Aufwendungen für behinderte Personen). Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

Mir ist bekannt,

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.
- **dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt im Rahmen der Rückforderung von BAföG-Darlehen für Zwecke der Anschriftenermittlung des Darlehensnehmers übermittelt werden.**
- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.
- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.
- **dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meiner Tochter/meinem Sohn vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schüler zwischen ** Euro und ** Euro und für Studierende zwischen ** Euro und ** Euro erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.**

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

Zusatzerklärung für Elternteile ohne Einkommen

Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil nachstehende Zusatzerklärung abgeben. Gibt er sie ab, so entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben.

Vorname, Nachname (ggf. Geburtsname)

Ich,

erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr

kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.

Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben.

Mir ist bekannt,

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.
- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Die Beantwortung sämtlicher Fragen ist zur Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) erforderlich (§§ 46 Abs. 3, 47 Abs. 4 und 55).

Formblatt 4

Förderungsnummer

Eingangsstempel

Zeile

1

Name, Geburtsname der/des Auszubildenden

2

Vorname

Geburtsdatum

3

Zusatzblatt für Ausländerinnen und Ausländer im Sinne des § 8 Abs. 2 und 3 BAföG

Das Formblatt 4 bitte nur nach ausdrücklicher Anforderung ausfüllen und vorlegen.

4

Name des Vaters

5

Name der Mutter

6

Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland

7

Auszubildende/r

vom

bis

Vater

vom

bis

Mutter

vom

bis

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

Rechtmäßige Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

19

Erreicht die/der Auszubildende insgesamt 5 Jahre Erwerbstätigkeit, können die Angaben der Eltern entfallen.

Erreicht ein Elternteil insgesamt 3 Jahre Erwerbstätigkeit, können die Angaben des anderen Elternteils und der/des Auszubildenden entfallen.

20

Auszubildende/r

vom

bis

Vater

vom

bis

Mutter

vom

bis

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

Die Zeiten sind z.B. durch die Vorlage der Aufenthaltstitel / Arbeitsgenehmigung **und** einer Bestätigung des Arbeitgebers bzw. einer Bescheinigung der berufsständischen Vertretung **und** des Umsatzsteuerbescheides zu belegen. Für die angegebenen Zeiten sind die Höhe des Verdienstes z.B. durch Versicherungsunterlagen, Steuerbescheide, Bescheinigungen der Arbeitgeber u.ä. nachzuweisen.

[illegible]

Beginn

Ende

War oder ist eine der erklärenden Personen Mitglied oder Familienangehörige/r eines Mitglieds

- | | | |
|-----------------|----|------|
| Auszubildende/r | ja | nein |
|-----------------|----|------|

von

bis

- | | | |
|-------|----|------|
| Vater | ja | nein |
|-------|----|------|

von

bis

- | | | |
|--------|----|------|
| Mutter | ja | nein |
|--------|----|------|

von

bis

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.

Die/Der Auszubildende

Der Vater

Die Mutter

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis:

Zur Erteilung der Bescheinigung sind die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute gemäß § 47 Bundesausbildungsförderungsgesetz verpflichtet.

Formblatt 5

Förderungsnummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Eingangsstempel

Zeile

1

Bescheinigung nach § 48 BAföG

2

(Auszug aus den §§ 9, 15, 47 und 48 BAföG siehe Rückseite)

Name, Geburtsname, Vorname der/des Auszubildenden

Geburtsdatum

3

Ausbildungsstätte (Bezeichnung, Ort)

4

Diese Leistungsbescheinigung bezieht sich auf

6

die Fachrichtung/den Fachbereich

7

das 1. Hauptfach/1. Fach

8

das 2. Hauptfach/2. Fach

9

die Nebenfächer/3. Fach
und weitere Fächer

Nur von der Ausbildungsstätte auszufüllen !

11

☐

Es wird bestätigt,

☐

Es kann nicht bestätigt werden

(bitte ab Zeile 15 alle fehlenden Leistungen angeben),

12

dass die/der Auszubildende die bei geordnetem Verlauf ihrer/seiner Ausbildung bis zum Ende des

Fachsemesters

13

üblichen Leistungen am

erbracht hat.

14

Der Beurteilung liegen folgende Leistungsnachweise zu Grunde:

15

16

17

18

19

20

21

22

23

Ort, Datum

24

(Stempel)

Unterschrift des zuständigen hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte

25

Hinweis:

Für die Beurteilung, welche Leistungen am Ende eines bestimmten Semesters gefordert werden, ist allein die Hochschule zuständig.

Auszug aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

§ 9 Eignung

(1) Die Ausbildung wird gefördert, wenn die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, dass er das angestrebte Ausbildungsziel erreicht.

(2) Dies wird in der Regel angenommen, solange der Auszubildende die Ausbildungsstätte besucht oder an dem Praktikum teilnimmt und bei dem Besuch einer Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule die den jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen entsprechenden Studienfortschritte erkennen läßt. Hierüber sind die nach § 48 erforderlichen Nachweise zu erbringen.

(3) Bei der Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen wird dies angenommen, wenn der Auszubildende die Bescheinigung nach § 3 Abs. 3 beigebracht hat.

§ 47 Auskunftspflichten

(1) Ausbildungsstätten, Fernlehrinstitute und Prüfungsstellen sind verpflichtet, die nach § 3 Abs. 3, § 15 Abs. 3a sowie den §§ 48 und 49 erforderlichen Bescheinigungen, Bestätigungen und gutachterlichen Stellungnahmen abzugeben. Eine Eignungsbescheinigung nach § 48 ist von dem hauptamtlichen Mitglied des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte auszustellen, das nach dem jeweiligen Landesrecht als zuständig bestimmt ist.

§ 48 Mitwirkung von Ausbildungsstätten

(1) Vom fünften Fachsemester an wird Ausbildungsförderung für den Besuch einer Höheren Fachschule, Akademie oder einer Hochschule nur von dem Zeitpunkt an geleistet, in dem der Auszubildende vorgelegt hat

1. ein Zeugnis über eine bestandene Zwischenprüfung, die nach den Ausbildungsbestimmungen erst vom Ende des dritten Fachsemesters an abgeschlossen werden kann und vor dem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen worden ist,

oder

2. eine nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellte Bescheinigung der Ausbildungsstätte darüber, dass er die bei geordnetem Verlauf seiner Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters üblichen Leistungen erbracht hat.

Wenn die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen eine Zwischenprüfung oder einen entsprechenden Leistungsnachweis bereits vor Beginn des dritten Fachsemesters verbindlich vorschreiben, wird abweichend von Satz 1 für das dritte und vierte Fachsemester Ausbildungsförderung nur geleistet, wenn die entsprechenden Nachweise vorgelegt werden. **Die Nachweise gelten als zum Ende des vorhergehenden Semesters vorgelegt, wenn sie innerhalb der ersten vier Monate des folgenden Semesters vorgelegt werden** und sich aus ihnen ergibt, dass die darin ausgewiesenen Leistungen bereits in dem vorhergehenden Semester erbracht worden sind.

(2) Liegen Tatsachen vor, die voraussichtlich eine spätere Überschreitung der Förderungshöchstdauer nach 15 Abs. 3 oder eine Verlängerung der Förderungshöchstdauer nach § 15a Abs. 3 rechtfertigen, kann das Amt für Ausbildungsförderung die Vorlage der Bescheinigung zu einem entsprechend späteren Zeitpunkt zulassen.

§ 15 Abs. 3 Förderungsdauer

Über die Förderungshöchstdauer hinaus wird für eine angemessene Zeit Ausbildungsförderung geleistet, wenn sie

1. aus schwerwiegenden Gründen,
2. (aufgehoben)
3. infolge einer Mitwirkung in gesetzlich vorgesehenen Gremien und satzungsmäßigen Organen der Hochschulen und der Länder sowie in satzungsmäßigen Organen der Selbstverwaltung der Studierenden an diesen Ausbildungsstätten sowie der Studentenwerke,
4. infolge des erstmaligen Nichtbestehens der Abschlussprüfung,
5. infolge einer Behinderung, einer Schwangerschaft oder der Pflege und Erziehung eines Kindes bis zu zehn Jahren überschritten worden ist.

§ 15a Abs. 3 Förderungshöchstdauer

(3) Setzt ein Studiengang Sprachkenntnisse über die Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch oder Latein hinaus voraus und werden diese Kenntnisse von dem Auszubildenden während des Besuchs der Hochschule erworben, verlängert sich die Förderungshöchstdauer für jede Sprache um ein Semester. Satz 1 gilt für Auszubildende, die die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 1. Oktober 2001 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erworben haben, mit der Maßgabe, dass auch der Erwerb erforderlicher Lateinkenntnisse während des Besuchs der Hochschule zu einer Verlängerung der Förderungshöchstdauer führt.

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 6**Förderungsnummer**

Eingangsstempel

Zeile	Name, Geburtsname	
1	Vorname	Geburtsdatum
2	PLZ, ständiger Wohnsitz (im Inland)	
3	Straße, Hausnummer	
4		

Zusatz zum Antrag auf Ausbildungsförderung für eine Ausbildung im Ausland**(Bei Teilnahme an einem Praktikum Angaben NUR ab Zeile 23)**

Name und Art der Ausbildungsstätte

Anschrift der Ausbildungsstätte
(Ort, Staat)Ich beantrage Förderung
für die Zeit vom

Unterrichts-/Vorlesungsbeginn

Fachrichtung

In dieser Fachrichtung habe ich bei
Beginn der Auslandsausbildung

und zwar in

und habe **Auslandsförderung**
nach dem BAföG erhaltenIch plane, meine jetzige Ausbildung
anschließend weiterzuführen bzw.
abzuschließenIch nehme an einem integrierten
Studiengang mit der in Zeilen 7-9
genannten ausländischen Ausbil-
dungsstätte teil

Hatten Sie bei Aufnahme der Auslandsausbildung seit 3 Jahren ihren ständigen Wohnsitz im Inland?

Bezeichnung und Anschrift der Praktikantenstelle, Staat

Ich beantrage Förderung
für ein Praktikum

für die Zeit vom

Das Praktikum steht
im Zusammenhang mit der Ausbildung
in der Fachrichtungan (Bezeichnung der
Ausbildungsstätte)In dieser Fachrichtung habe ich
bei Beginn der Auslandsausbildung

und zwar in

und habe **Auslandsförderung**
nach dem BAföG erhaltenIch leiste das Praktikum im Rahmen
eines integrierten Studienganges
mit einer ausländischen
Ausbildungsstätte abAusreichende Sprachkenntnisse in der
Landes- und Unterrichtssprache habe
ich erworben durch

Tag				Monat				Jahr				bis				Tag				Monat				Jahr			
Tag				Monat				Jahr				bis				Tag				Monat				Jahr			
Tag				Monat				Jahr				bis				Tag				Monat				Jahr			
				Semester studiert,				davon								Semester im Ausland											
☐ nein				☐ ja, für den Zeitraum von								bis															
☐ an der ausländischen Ausbildungsstätte																											
☐ an der inländischen Ausbildungsstätte																											
☐ nein				☐ ja, in Verbindung mit der inländischen Ausbildungsstätte (Name, Anschrift)																							
Fachrichtung																											

☐ ja ☐ nein

Tag				Monat				Jahr				bis				Tag				Monat				Jahr			
Tag				Monat				Jahr				bis				Tag				Monat				Jahr			
				Semester studiert,				davon								Semester im Ausland											
☐ nein				☐ ja, für den Zeitraum von								bis															
☐ nein				☐ ja																							

Zeile

33

Studiengebühren (Bitte detaillierte Bescheinigung beifügen.)

Euro

34

Für die Ausbildung wird von anderer Stelle (z.B. DAAD, Hochschule) eine Ausbildungshilfe gewährt bzw. ich habe sie beantragt

☐

nein

☐

ja

35

in Höhe von

Euro

bewilligende Stelle

36

durch

37

(Belege bitte beifügen.)

38

Zuletzt besuchte Ausbildungsstätte
(Name, Anschrift, Fachrichtung)

39

Mir ist bekannt,

40

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung von Tatsachen, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen;

- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

41

42

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen worden sind.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

43

44

Hinweis: Die Weiterförderung im Inland oder Ausland setzt einen rechtzeitigen Antrag auf Weiterförderung bei dem dann zuständigen Amt für Ausbildungsförderung voraus.

45

Bescheinigung der Ausbildungsstätte/Prüfungsstelle zum Praktikum *)

46

Die fachpraktische Ausbildung bei
(Bezeichnung und Anschrift der Praktikantenstelle)

vom

bis

entspricht den Anforderungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom

Datum

47

Fundstelle

an die Praktikantenstelle

48

49

und ist vorgeschrieben

☐

ja

☐

nein

50

und noch abzuleisten

☐

ja

☐

nein

51

und in Ausbildungsbestimmungen inhaltlich geregelt

☐

ja

☐

nein

52

Die vorgeschriebene Mindestdauer des Praktikums beträgt

Wochen

Monate

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift der Ausbildungsstätte/Prüfungsstelle

53

54

- Diese gutachtliche Stellungnahme ist nur nach besonderer Anforderung des Amtes einzuholen. -

55

Gutachtliche Stellungnahme der Ausbildungsstätte im Inland, die die/der Auszubildende bisher besucht hat

56

Der Besuch des/der (Name der ausländischen Ausbildungsstätte)

57

in Ort (Staat)

58

ist für die Ausbildung in der Fachrichtung

59

nach dem Ausbildungsstand des Antragstellers

☐

förderlich

☐

nicht förderlich

60

Begründung:

61

62

63

64

65

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift eines hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstelle

66

67

*) Die Förderung beschränkt sich auf die vorgeschriebene Mindestdauer des Praktikums. Vorpraktika im Ausland sind nicht förderungsfähig.

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 7**Förderungsnummer**

Eingangsstempel

Zeile

1

Name, Geburtsname

2

Vorname

Geburtsdatum

3

Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

4

Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraumes gestellt werden (Ausschlussfrist).

5

Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

6

Für den Bewilligungszeitraum von

bis

beantrage ich,

dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner

7

☐

Ehegatten

☐

Vaters

☐

Mutter

Die Aktualisierung ist ggf. für jede/n Einkommens-bezieher/in gesondert zu beantragen.

von den Einkommensverhältnissen im **Bewilligungszeitraum** ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

8

Mir ist bekannt, dass

9

- **Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird.**

10

- **ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen anzeigen muss.**

11

- **ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss.**

12

- **ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten.**

13

- **ich nach Stellung eines Antrages auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - die Anrechnung des Einkommens aus dem vorletzten Kalenderjahr nicht mehr verlangen kann.**

Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

14

15

Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

16

Gründe für die Einkommensminderung (z.B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente):

17

18

19

20

21

Zur Glaubhaftmachung der Einkommensminderung füge ich folgende Belege bei (z.B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie):

22

23

24

25

Monat

Jahr

26

Die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab

27

Art der Erwerbstätigkeit

28

☐

erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung.

29

☐

erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in).

30

☐

erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in.

31

☐

Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige nicht Erwerbstätige.

Die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zu Grunde zu legenden Jahreseinkommen werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (Künftige Erhöhungen wie z.B. Tarifierhöhungen bitte berücksichtigen.):

33 Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 - 47 und 51 - 62

1. Jahr

2. Jahr

34	☐ nein ☐ ja, und zwar aus:	1. 1. bis 31. 12. 20	1. 1. bis 31. 12. 20
35	Bitte Verluste kenntlich machen; Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung nachweisen	in vollen Euro (Jahressummen)	in vollen Euro (Jahressummen)
36	positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Euro	Euro
37	positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Euro	Euro
38	positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Euro	Euro
39	positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezüge, Urlaubsgeld und Weihnachtzuwendungen - auch Abfindungen (steuerpflichtiger Teil)	Euro	Euro
40	Einnahmen, die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert werden	Euro	Euro
41	positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Euro	Euro
42	positive Einkünfte aus Kapitalvermögen	Euro	Euro
43	Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)	Euro	Euro
44	Bruttorenten aus	Euro	Euro
45	gesetzlichen und/oder privaten Rentenversicherungen	Euro	Euro
46	Unfallrenten	Euro	Euro
47	Versorgungsrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären und Renten nach §§ 31 - 34 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ohne Grundrente bzw. eines der Grundrente nach dem BVG entsprechenden Betrages ohne Schwerbehindertenzulage, Zulage für fremde Führung, Pauschbeträge für Kleider- und Wäscheverschleiß und Pflegezulage	Euro	Euro
48	voraussichtl. Lohn-/Einkommensteuer	Euro	Euro
49	Kirchensteuer	Euro	Euro
50	Solidaritätszuschlag	Euro	Euro
51	Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	Euro	Euro
52	Krankengeld (netto)	Euro	Euro
53	Insolvenzgeld	Euro	Euro
54	Überbrückungsgeld	Euro	Euro
55	Übergangsgeld	Euro	Euro
56	Kurzarbeitergeld	Euro	Euro
57	Abfindungen (steuerfreier Teil)	Euro	Euro
58	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Euro	Euro
59	weitere Einnahmen nach der BAföG-EinkommensV (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7):		
60	und zwar	Euro	Euro
61		Euro	Euro
62	weitere Einnahmen, soweit nicht schon vorstehend aufgeführt	Euro	Euro

63 Mir ist bekannt,

- 64 - dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen.
- 65 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.
- 66 - dass unrichtige oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.
- 67 - dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.

68 Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.

Ort, Datum

Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s

Bitte Zutreffendes ankreuzen ☒. Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Zeile

1

Ausbildungsstätte

2

3

Name, Vorname der/des Auszubildenden

Geburtsdatum

Antrag auf Vorausleistungen nach § 36 BAföG

Erklärung

Der Antrag auf Vorausleistung bezieht sich auf

☐

meine Eltern

☐

oder meinen Vater

☐

oder meine Mutter

Für den Bewilligungszeitraum

vom

bis

8

☐ stellt/stellen mir mein/e Vater/Mutter/Eltern den mit Bescheid

vom

9

angerechneten Unterhaltsbetrags von monatlich

Euro

10

☐ nicht zur Verfügung.

☐

nur in Höhe von Euro

zur Verfügung.

11

☐ war es mir nicht möglich, die für die Anrechnung des Einkommens meines/meiner Vaters/Mutter/Eltern erforderlichen Auskünfte zu erlangen.

12

Mein/e Vater/Mutter/Eltern stellt/stellen mir den erforderlichen monatlichen Gesamtunterhaltsbedarf

13

☐ nicht zur Verfügung.

☐

nur in Höhe von Euro

zur Verfügung.

14

Kindergeld in Höhe von Euro

☐erhalte ich **aufgrund Antragstellung**

15

☐ meines Vaters

☐

meiner Mutter

direkt von der zahlenden Stelle.

16

☐ wird an meine/n Eltern/Vater/Mutter gezahlt.

☐

erhält

(z.B. Groß- oder Stiefelternteil)

17

☐ wird in Höhe von Euro an mich weitergeleitet.

18

Unterhaltsleistungen

anderer Personen, auf die sich dieser Antrag nicht bezieht

Euro

19

Die Angaben beziehen sich auf

☐

meinen Vater

oder☐

meine Mutter

☐

andere Personen

20

Geldleistungen erhalte ich

seit

Euro

monatlich

21

Sachleistungen erhalte ich

seit

22

in Form von

☐

Unterkunft

23

☐

Verpflegung

☐

Frühstück

☐

Mittagessen

☐

Abendessen

24

☐

Sonstige Sachleistungen im Wert von

Euro

monatlich

Vorausleistungen gemäß § 36 Abs. 1 BAföG wegen Gefährdung der Ausbildung **durch fehlende Unterhaltsleistungen** der Eltern oder des leiblichen oder Adoptivelternteils.

Vorausleistungen gemäß § 36 Abs. 2 BAföG wegen Gefährdung der Ausbildung **durch fehlende Auskünfte und fehlende Unterhaltsleistungen** der Eltern oder des leiblichen oder Adoptivelternteils.

z.B. vom anderen Elternteil, Gesamtsumme der Zeilen 19 - 24

Hier bitte auch Taschengeld angeben.

Sonstige Sachwerte sind u.a. Beiträge zu Versicherungen, Kfz-Bereitstellung.

Die Angaben zu den Zeilen 26-46 beziehen sich auf die in Zeile 6 genannte/n Person/en.

26

Unterhalt durch Sachleistungen wurde angeboten

☐

nein

☐

ja

27

wenn ja, Art der angebotenen Sachleistung

28

29

30

Das Angebot wurde auf folgende Weise gemacht:

31

32

33

34

Von dem Angebot habe ich aus folgenden Gründen keinen Gebrauch gemacht:

35

36

37

Formblatt 8

Förderungsnummer

Eingangsstempel

§ 1612 Abs. 2 BGB (Art der Unterhaltsgewährung):

(2) Haben Eltern einem unverheirateten Kind Unterhalt zu gewähren, können sie bestimmen, in welcher Art und für welche Zeit im Voraus der Unterhalt gewährt werden soll, sofern auf die Belange des Kindes die gebotene Rücksicht genommen wird. Ist das Kind minderjährig, kann ein Elternteil, dem die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, eine Bestimmung nur für die Zeit treffen, in der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen ist.

Bitte Unterlagen beifügen und Zeitpunkt des Unterhaltsangebots angeben.

Zeile			
38	Die Unterhaltsbestimmung wurde gerichtlich		
39	☐ nicht abgeändert.	☐ abgeändert durch Beschluss	vom Name des Gerichts
40	Angaben zu laufenden bzw. abgeschlossenen Unterhaltsverfahren		
41	☐ Ein Rechtsanwalt ist eingeschaltet	Name, Anschrift, Telefon	
42			
43	Eine Unterhaltsregelung	☐ liegt vor	vom
44		☐ liegt nicht vor.	
45	Rechtsmittel wird/wurde eingelegt	☐ ja	☐ nein
46	☐ Ein Unterhaltsprozess ist anhängig (Klage ist erhoben).		
47	☐ Meine Eltern	☐ oder mein Vater	☐ oder meine Mutter
48	haben/hat die Weigerung, mich ausreichend zu unterstützen,		
49	☐ nicht begründet.	☐ folgendermaßen begründet:	
50			
51			
52			
53	(ggf. auf ergänzendem Blatt weiterführen)		
54	Zusätzlich erkläre ich Folgendes:		
55			
56			
57			
58	(ggf. auf ergänzendem Blatt weiterführen)		
59	Aktuelles Einkommen des Ehegatten der/des Auszubildenden		
60	Das voraussichtliche Einkommen meines Ehegatten in dem in Zeile 7 genannten Bewilligungszeitraum beträgt		Euro
61	Art des Einkommens:		
62			
63			
64			
65	Mir ist bekannt,		
66	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage sowie der Familienverhältnisse, über die ich im Rahmen dieses Antrages Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.		
67	- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.		
68	- dass die im Rahmen dieses Antrages gemachten Angaben über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Förderung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.		
69	- dass mit der Zahlung der Vorausleistungen meine Unterhaltsansprüche bis zu dieser Höhe auf das Land übergehen. Die in Zeile 6 genannte/n Person/en werden ggf. zum Ersatz der Vorausleistungen herangezogen. Dazu muss vom Amt für Ausbildungsförderung ggf. ein Unterhaltsprozess geführt werden.		
70	- dass die nach § 36 BAföG vorausgeleisteten Beträge gemäss § 17 Abs. 2 BAföG im Regelfall zur Hälfte als staatliches Darlehen geleistet werden. Dieser Darlehensteil wird nur dann gemindert, wenn der oder die Unterhaltspflichtige/n auf die Forderung nach § 37 BAföG in Verbindung mit §§ 1601 ff. BGB des Amtes für Ausbildungsförderung Beträge tatsächlich leisten. Geleistete Beträge werden je zur Hälfte auf den Zuschussanteil und den Darlehensanteil angerechnet.		
71	Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen worden sind.		
72	PLZ, Ort, Datum		Unterschrift der/des Auszubildenden

Bitte Kopie beifügen (z.B. Urteil, gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich, Scheidungsfolgevereinbarung).

Bitte Kopien der Klageschrift beifügen.

Bitte Belege beifügen.